Zusatzantrag

zum Antrag Blackout-Gesamtstrategie "Bund-Land-Gemeinde-Haushalt" Ltg.-1705/A-3/586-2021 der Abgeordneten Handler, Landbauer, Königsberger, Aigner, Dorner, Schuster und Teufel

der Abgeordneten Kainz, Heinreichsberger, MA, Mold, Kasser und Balber

Blackoutkonzepte für Pilotgemeinden zur Notstromversorgung mit Fokus auf alternative Energiegewinnung

Niederösterreich hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Thematik eines „Blackouts“ sehr ernst genommen wird. Hierzu wurden auch bereits zahlreiche Schritte der NÖ Gemeinden, der Einsatzorganisationen - insbesondere der NÖ Feuerwehren - und des NÖ Zivilschutzverbandes gesetzt. Beispielhaft wurde im Jahr 2003 eine erste Ankaufsaktion von Notstromaggregaten für Gemeinden und zusätzlich im Jahr 2005 für viehhaltende Betriebe gestartet. Basierend auf diesen Grundlagen wurde begonnen einen Leitfaden für die Erstellung eines Notfall- bzw. Notstromkonzept zu entwickeln. Auf Grund der Erfahrungswerte der letzten Jahre, in welchen u.a. der NÖ Zivilschutzverband und die NÖ Feuerwehren in vielen Gemeinden die Katastrophenschutzplanung begleitet haben, wird die Notwendigkeit der Notstromversorgung von neuralgischen Punkten innerhalb der Gemeinden empfohlen. Das Bundesministerium für Inneres (Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement) hat mit Beginn 2019 die Gesamtkoordination der Blackout Planungen übernommen und mehrere Arbeitsgruppen zur Abstimmung der Planungen eingerichtet, in denen auch Vertreter aus Niederösterreich mitarbeiten. Für die zukünftige Blackout-Gesamtstrategie ist das Bündeln der Kräfte aller beteiligten Gebietskörperschaften und Institutionen notwendig.

Der wesentliche Grundpfeiler dieser Blackout-Gesamtstrategie werden die NÖ Gemeinden, der NÖ Zivilschutzverband und die Einsatzorganisationen sein. Diese haben

sich auch im Zuge der Corona-Pandemie bereits bestens als Koordinationsstellen und zentraler Punkt für die Führungsebene erwiesen.

Eine Blackout-Gesamtstrategie kann und wird angesichts der möglichen Szenarios stufenweise umzusetzen sein. Der wesentlichste Aspekt dieser Strategie ist die Gewährleistung einer stabilen Notstromversorgung, welche einerseits durch die Schaffung von Treibstoffreserven und andererseits durch alternative Energiegewinnung erreicht werden soll. Die bisherigen Überlegungen haben allerdings den Aspekt der dezentralen erneuerbaren Energien - wie Photovoltaik - wenig berücksichtigt. Immer mehr Gemeinden haben mittlerweile auf öffentlichen Gebäuden Photovoltaikanlagen errichtet bzw. planen die Errichtung derartiger Anlagen. Dieser Aspekt muss in die Strategieüberlegungen mit einbezogen werden.

Als begleitende Maßnahme zur Blackout-Gesamtstrategie ist es daher sinnvoll gemeinsam mit den Einsatzorganisationen, dem NÖ Zivilschutzverband und der Energie- und Umweltagentur NÖ gezielt Pilotprojekte in ganz Niederösterreich zu erarbeiten, um auch hier vermehrt praktische Erfahrungen zu sammeln. Insbesondere ist bei den Pilotprojekten darauf zu achten, dass zumindest ein Gebäude mit Notstrom versorgt und dieses als „Sicherheitsinsel“ für den Einsatzstab und als „Informationsstelle“ für die Bürgerinnen und Bürger verwendet werden kann.

Diese in Niederösterreich gewonnenen Erfahrungen können in weiterer Folge gewinnbringend in die Blackout-Gesamtstrategie des Bundes einfließen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Im Sinne der Antragsbegründung wird die Landesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem NÖ Zivilschutzverband, der freiwilligen Feuerwehr und weiteren maßgeblichen Einsatzorganisationen sowie der Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ für Pilotgemeinden in den unterschiedlichen Regionen in Niederösterreich Blackout-Konzepte, unter Einbeziehung von dezentraler alternativer Energiegewinnung wie z.B. Photovoltaik, zu erstellen.“